

Eine Welt-Politik in Bayern. Position der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

Klaus Steiner MdL



1. Was ist Ihr Hauptmotiv, sich für Eine Welt-Politik / mehr Eine Welt-Gerechtigkeit einzusetzen?

Mein entwicklungspolitisches Engagement begann im Alter von 16 Jahren bei der katholischen Landjugend. Ein engagierter katholischer Kaplan hat uns als junge Ministranten damals überzeugt, dass es in unserer christlichen Verantwortung liegt, Menschen, die in Not sind, zu helfen. Es ging damals um die Betreuung von Schulprojekten in Südamerika, vor allem in Chile, Bolivien und Peru. Im Laufe der Jahre habe ich auch die Projektleitung für einzelne Vorhaben in diesen Ländern übernommen und mich in zahlreichen Aufenthalten vor Ort persönlich engagiert. Aus diesem Einsatz in Südamerika hat sich eine umfassende Entwicklungsarbeit in Afrika, vor allem in Tansania ergeben. Dort ging es in den letzten Jahrzehnten hauptsächlich um Schulen und Wasserprojekte.

Es ist nicht nur unsere christliche, sondern auch unsere historische Verantwortung, die Länder in diesen Erdteilen als unsere Partner zu sehen und mit ihnen kooperativ zusammen zu arbeiten.

2. Wie möchten Sie zur weiteren Umsetzung der „Entwicklungspolitischen Leitsätze des Landtags vom 17.2.2016“ (Drucksache 17 / 10078) beitragen? Welche konkreten Initiativen können Sie sich vorstellen?

Mit dem Beschluss des Bayerischen Landtags vom 17.02.2016 hat das Bayerische Parlament die Bedeutung und Notwendigkeit Nachhaltiger Entwicklung, eines verstärkten Klimaschutzes und der wirksamen Bekämpfung von Fluchtursachen herausgestellt. Eine der großen Herausforderungen in der Entwicklungspolitik sind die vielen Einzelinitiativen von staatlichen, nichtstaatlichen und privaten Organisationen in vielen Ländern der Welt. Deswegen war es ein richtiger Schritt im Sinne einer Systematisierung der Entwicklungspolitik, dass sich der Freistaat Bayern schwerpunktmäßig in vier Partnerregionen, nämlich Nordirak, Libanon, Tunesien und Senegal engagiert. Mein Ziel ist es, Entwicklungspolitik weiter zu strukturieren und zu ordnen. Damit können wir Überschneidungen, Doppel- oder Dreifachinitiativen verschiedener Organisationen vermeiden.

Einen Schwerpunkt sehe ich in kommunalen Partnerschaften, von Städten und Landkreisen in Bayern, die die Initiative der Staatsregierung ergänzen und weiter mit Leben befüllen. Hierzu habe ich einen entsprechenden Antrag eingebracht.

3. Befürworten Sie eine Veröffentlichung von Förderkriterien der Bayerischen Staatsregierung (der einzelnen Ministerien und der Staatskanzlei) für die Förderung von (Eine Welt-)Auslandsprojekten?

Ich halte eine interne Information über die Förderkriterien von Auslandsprojekten für sinnvoller als eine generelle Veröffentlichung. Viele Projekte brauchen eine längere Anlaufzeit, um deren Wirkung und damit Sinnhaftigkeit beurteilen zu können. Ob eine generelle Veröffentlichung der Förderkriterien hier sinnvoll ist, muss man genau prüfen.

4. Wie bewerten Sie das „PromotorInnenprogramm zur Förderung der Eine Welt-Arbeit“ in Bayern (www.eine-welt-promotoren-bayern.de) und welche Perspektiven sehen Sie für einen möglichen Ausbau ab 1.1.2019?

Das PromotorInnenprogramm in Bayern hat die Aufgabe, Gruppen und Vereine bei der Entwicklungsarbeit zu unterstützen. Zusätzlich sollen Regionalpromotoren das Thema Entwicklung in die Kommune tragen. Gerade für eine wirksame Umsetzung der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Bayerischen Staatsregierung aber auch der anderen Bundesländer ist das „kommunale Know-how“ wichtiger denn je. Kommunale Partnerschaften sind daher eine wichtige Ergänzung der Initiativen der Bundesländer, des Bundes sowie der Europäischen Union.

5. Wie könnte der „Faire Handel“ in Bayern weiter gestärkt werden? Inwieweit könnten auch bayerische Behörden und staatliche Betriebe mehr Produkte aus dem Fairen Handel einsetzen?

Sicher können bayerische Behörden und staatliche Betriebe mehr Produkte aus dem Fairen Handel einsetzen. Das ist aber nur ein kleiner Aspekt. Ganz wesentlich kommt es aber darauf an, dass sich deutsche Unternehmen – Industrie und Mittelstand – stärker in den Ländern in Asien, Afrika oder Südamerika engagieren.

Gerade meine Reisen der letzten Monate nach Tansania, Niger und Burkina Faso haben mich erneut in dieser Auffassung bestärkt. Wir brauchen Investitionen vor Ort auf der Basis einer Wirtschaftspolitik auf Augenhöhe. Gerade die oft kritisierten Großkonzerne wie BMW, Mercedes oder VW sind ein gutes Beispiel dafür, wie in der Republik Südafrika eine hervorragende Entwicklungspolitik unter der Überschrift „Fairer Handel“ betrieben wird. Dies mag jetzt einige Leser verwundern, aber ich habe bereits vor 30 Jahren bei meinen Aufenthalten in Südafrika die Ausbildungswerkstätten bei diesen deutschen Autokonzernen besucht. Dort wird auf der Basis der bewährten dualen Ausbildung jungen Menschen aus diesem Land eine Perspektive geboten. Diese jungen Handwerker und Techniker bauen sozusagen die Autos, die in Südafrika oder Afrika verkauft werden. Damit bleibt Wertschöpfung im Land, damit erhalten junge Menschen eine hervorragende Ausbildung, damit ermöglicht man manchen, sich selbständig zu machen und wiederum andere Menschen einzustellen und auszubilden.

6. Bzgl. der Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in der öffentlichen Vergabe / im Einkauf: Eine Welt-Gruppen in Bayern fordern die Einrichtung einer entsprechenden staatlichen Stelle für Beratung und Verbreitung guter Beispiele - unterstützen Sie diese Forderung?

Ich unterstütze grundsätzlich dieses Anliegen, eine staatliche Stelle für Beratung und Verbreitung guter Beispiele einzurichten, allerdings ist mir dies zu wenig. Es darf nicht bei der Darstellung guter Beispiele bleiben, sondern es geht auch darum, uns allen den Spiegel vorzuhalten. Vielleicht muss man auch etwas zuspitzen. Es geht nicht, dass ich in der Fußgängerzone in München auf einer Liste für „Fairen Handel“ unterschreibe, die nächsten Schritte mich aber in ein Bekleidungsgeschäft führen, wo ich mir Kleidung kaufe, die unter katastrophalen Bedingungen in Bangladesch produziert wird. Des Weiteren geht es darum, die Zusammenhänge darzustellen, dass es nicht damit getan ist, ein –, zweimal im Monat fair einzukaufen, sondern dass weiteres Engagement in Afrika notwendig ist.

7. Soll die „Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie“ künftig mit Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen fortgeschrieben werden und welches Ministerium / Staatskanzlei sollte künftig die Federführung haben?

Am 24.10.2017 hat die Bayerische Staatsregierung die Fortschreibung der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Nachhaltige Entwicklung zielt darauf ab, die ökologischen, ökonomischen und sozialen Grundlagen zu erhalten. Sie gilt für alle Ministerien in Bayern. Sie greift aktuelle Entwicklungen auf und setzt neue Akzente. Gleichzeitig verdeutlicht sie den Beitrag Bayerns zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele aus der Agenda 2030. Aus meiner Sicht sollte die Bayerische Staatskanzlei die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie begleiten.